

NDR Info Das Forum

24.02.2018 /19.20-19.50 Uhr

STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN

25.02.2018 /12.30-13.00 Uhr

Andreas Flocken

E-Mail: streitkraefte@ndr.de

www.ndr.de/streitkraefte

Inhalt:

- Keine Verbesserung in Sicht? Mangelwirtschaft bei der Bundeswehr
- Rettung durch den ADAC? Die Misere der Bundeswehr-Hubschrauberpiloten
- Europäische Rüstungskooperation – Zu hohe Erwartungen?
- Standardisierter EU-Leopard-Kampfpanzer – Beitrag zur Europäischen Verteidigungspolitik?

Zur Verfügung gestellt vom NDR
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Willkommen zu einer neuen Ausgabe unserer Sendereihe, im Studio begrüßt Sie Andreas Flocken.

Unsere Themen in Schlagzeilen:

- Rettung durch den ADAC? Die Misere der Bundeswehr-Hubschrauberpiloten
- Europäische Rüstungskooperation - Zu hohe Erwartungen? Und:
- Für die EU standardisierter Leopard-Kampfpanzer – Effektiver Beitrag zur Europäischen Verteidigungspolitik?

Zunächst jedoch zum Jahresbericht des Wehrbeauftragten, der in dieser Woche vorgelegt worden ist. Die Bundeswehr ist nur noch bedingt einsatzbereit. Hans-Peter Bartels hat die Defizite der Bundeswehr schonungslos benannt:

O-Ton Bartels

„Zum Jahresende waren sechs von sechs deutschen U-Booten außer Betrieb. Zeitweise flog von mittlerweile 14 in Dienst gestellten Airbus A400M-Maschinen keine einzige. (...) Das Ausmustern alter Schiffe klappt reibungslos, termingerecht. Aber die Indienststellung neuer Schiffe klappert um Jahre hinterher. Statt der planmäßig vorgesehenen 15 Fregatten existieren heute nur noch neun. Und bei diesen neun werden die Werftliegezeiten immer länger, weil die Schiffe immer älter werden, weil Ersatzteile fehlen und weil das Projektmanagement auf Seiten der Bundeswehr wie auf Seiten der Industrie manchmal zu wünschen übrig lässt.“

Die vom Verteidigungsministerium angekündigten Trendwenden bei Material, Personal und Finanzen haben bisher keine spürbaren Verbesserungen gebracht. Die Truppe stöhnt. Denn sie muss immer mehr Aufgaben übernehmen, z.B. gibt es inzwischen ein Cyber-Kommando. Für den Chef des Bundeswehrverbandes, also der Interessenvertretung der Soldaten, ist daher klar: Es wird weiterhin Negativschlagzeilen über unzureichendes Gerät geben. André Wüstner:

O-Ton Wüstner

„Wir haben Unmengen an Aufträgen, Einsätze, einsatzgleiche Verpflichtungen, und da geht es schnell voran, was diese Aufträge angeht. Aber in der materiellen und personellen Ausstattung kommt man nicht schnell genug hinterher. Das fällt jetzt auf, da kreuzt es sich. Und deswegen wird es täglich mehr derartige Meldungen geben.“

Und was sagt Generalinspekteur Volker Wieker, der oberste Soldat der Bundeswehr? Der Stand der Einsatzbereitschaft sei insgesamt noch nicht zufriedenstellend. Und weiter:

O-Ton Wieker

„Mir jedenfalls sind sowohl in Deutschland als auch von unseren Verbündeten keine Klagen zu Ohren gekommen (...). Nur in der gesamten Breite, dort wo Bündnis- und Landesverteidigung gleichrangig zu den Einsatzverpflichtungen gefordert ist, haben wir noch Fähigkeitslücken. Die zu schließen bedarf sicherlich eines Zeitraumes von 10 Jahren.“

Die Bundeswehr wird also vorerst weiterhin mit der gegenwärtigen Mangelwirtschaft leben müssen.

Mehr zum Thema auf der Internetseite von Streitkräfte und Strategien unter ndr.de/streitkraefte.

Wir bleiben bei der Bundeswehr. Viele Hubschrauber-Piloten haben ein Problem: Sie können nicht fliegen, weil zahlreiche Maschinen nicht einsatzfähig sind. Damit droht ihnen aber der Verlust der Pilotenlizenz. Um das zu verhindern, geht die Bundeswehr ab kommender Woche ganz neue Wege. Sie setzt auf den Pannenhelfer ADAC:

Manuskript Christian Thiels

Atmo ADAC-Werbung

„Ob über den Wolken oder nah am Boden - wir sind die Gelben Engel und immer für Sie da, wenn Sie uns brauchen.“

So wirbt der ADAC um neue Mitglieder - doch der Hilfe der Gelben Engel bedient sich nun auch die Bundeswehr. Dabei geht es nicht um geplatze Reifen oder Abschleppwagen. Aber eine Panne ist es irgendwie trotzdem, die nun dazu führt, dass die Streitkräfte auf die Hilfe der Straßenwacht zurückgreifen müssen. Die Bundeswehr leiht sich bei einem Tochterunternehmen des Automobilclubs vier Hubschrauber, um ihren Piloten die notwendige fliegerische Praxis zu verschaffen. Genügend eigene Hubschrauber hat das deutsche Militär nämlich aktuell nicht - zumindest nicht genügend funktionierende, sagt Reinhard Schlepphorst, Vorsitzender der Interessengemeinschaft des fliegenden und luftfahrzeugtechnischen Personals der Transport- und Hubschrauberverbände der Bundeswehr, kurz IGTH:

O-Ton Schlepphorst

„Der Ursprung für die Notwendigkeit besteht darin, dass die Waffensysteme NH90 und Tiger zum einen verspätet und zum anderen nicht in ausreichender Anzahl und zum dritten dann auch noch nicht mit der erforderlichen technischen Reife angeliefert wurden, so dass Luftfahrzeugführer Probleme haben, ihre Lizenzen zu erhalten, weil denen schlicht und einfach die Flugstunden fehlen.“

Hubschrauberpiloten müssen eine bestimmte Zahl Flugstunden pro Jahr absolvieren, um ihre Pilotenlizenzen zu behalten. Weil aber die Helikopter der Bundeswehr so häufig kaputt, in den Auslandseinsätzen oder wegen Wartungsar-

beiten nicht verfügbar waren, klappt das nicht immer. Auf Anfrage teilt das Verteidigungsministerium mit:

„Die Bundeswehr hat rund 700 Hubschrauberpilotinnen und -piloten. In der Vergangenheit sind im Bereich Marine Fluglizenzen verfallen, die Marine nutzt seit 2013 externe Möglichkeiten für ergänzende Ausbildung.(...) Die Leistungserbringung bietet der Bundeswehr wirtschaftliche Vorteile und verläuft problemlos.“

Nun müssen auch die Landstreitkräfte auf die Hilfe von kommerziellen Unternehmen zurückgreifen, in diesem Fall des ADAC. Der Inspekteur des Heeres, General Jörg Vollmer, hätte zwar lieber selbst genug Hubschrauber für die Weiterbildung und den Übungsbetrieb, aber er kann mit dieser Art Pannenhilfe für seine Soldaten leben - vielleicht auch, weil die ADAC-Hubschrauber rein äußerlich nicht als solche zu erkennen sind:

O-Ton Vollmer

„Wir müssen immer den pragmatischen Weg gehen und das nehmen, was uns am besten hilft, um unsere Piloten auszubilden, in Übung zu halten und zu zertifizieren. Also wir fliegen nicht auf dem gelben Engel, sondern wir fliegen hier mit Flugstunden, die wir uns zusätzlich angemietet haben.“

Doch natürlich kostet diese Anmietung Geld. Kein Problem für Gerold Otten, der für die AfD im Verteidigungsausschuss sitzt. Otten war früher selbst Offizier und kann dem Modell etwas abgewinnen, weil es womöglich günstiger sei, mit den zivilen ADAC-Maschinen das reine fliegerische Handwerk zu trainieren als mit den wenigen verfügbaren Kampf- und Transporthubschraubern.

O-Ton Otten

„Gerade in diesem konkreten Fall muss ich sagen, ist das eine gute Lösung, denn gerade in der Basisausbildung kann das, was geschult werden soll, auf jeden Fall mit einem normalen zivilen Hubschrauber auch trainiert werden. Und vor allen Dingen, wenn sie das Einsatzgerät fliegen, das ist ja sehr wartungsintensiv, das kostet weitaus mehr die Flugstunde, als wenn sie mit so einem Flugzeug dann im zivilen Bereich fliegen.“

Das räumt auch Tobias Lindner, sicherheitspolitischer Sprecher der Grünen, ein. Doch aus seiner Sicht wäre die Bundeswehr bei sorgfältiger Planung gar nicht auf den ADAC angewiesen.

O-Ton Lindner

„Man kann ja bei anderen Hubschraubern wie Tiger und NH90 sich viel darüber beschweren, dass Ersatzteile nicht da sind oder die Wartung zu kompliziert ist. Aber den Bedarf für eine Basisschulung von neuen Hubschrauber-Piloten abzuschätzen ist ja eine relativ einfache Aufgabe. Und es ist ja auch relativ einfach, finde ich, ein ziviles Muster wie bspw. die EC-135 auf dem Markt zu kaufen. Deswegen kann ich nicht verstehen, warum man jetzt auf eine Industriekooperation setzt, statt einfach selbst rechtzeitig solche Modelle für die Bundeswehr zu beschaffen.“

Ganz ähnlich sieht das auch Fritz Felgentreu, verteidigungspolitischer Sprecher der SPD. Auch er fordert eine Kauflösung für die Streitkräfte - wenn auch nur als Notbehelf:

O-Ton Felgentreu

„Also erstens ist klar: wir müssen die Hubschrauberflotte, die wir jetzt haben, tatsächlich technisch wieder auf einen Stand bringen, dass sie jederzeit einsatzfähig ist und ihren Auftrag erfüllen kann. Aber wenn wir das auf die Schnelle nicht hinkriegen mit dem Gerät, das wir jetzt haben, dann brauchen wir angemessene Zwischenlösungen, ggf., indem wir Hubschrauber mit einem ähnlichen Leistungsprofil wie es diese ADAC-Hubschrauber haben, dazukaufen, die dann als Zwischenlösung wenigstens einen Ausgleich herstellen.“

Noch besser wäre es sicherlich, wenn die Piloten auf den Hubschraubern üben könnten, die sie dann auch in den Einsätzen fliegen. Doch weder Tiger noch NH90 sind eben in genügender Stückzahl verfügbar und ein Großteil muss wegen technischer Probleme am Boden bleiben. Für Reinhard Schlepphorst von der Interessenvertretung der Hubschrauberpiloten ist eine Mischung aus drastischem Sparkurs und zu viel Optimismus bei der Beschaffung für die Misere verantwortlich:

O-Ton Schlepphorst

„Die Bundeswehr hat das alte Dach abgedeckt in der Hoffnung darauf, dass die neuen Pfannen schon rechtzeitig geliefert werden. Das ist eben nicht passiert.“

Das Verteidigungsministerium kontert Kritik am Zustand der Bundeswehr-Technik allgemein und der Hubschrauber im Besonderen gerne mit dem Hinweis darauf, man könne alle für NATO, EU und Vereinten Nationen eingegangenen Einsatzverpflichtungen erfüllen. Kein Problem also? Schlepphorst hält das für einen Taschenspielertrick.

O-Ton Schlepphorst

„Die Einsatzverpflichtungen resultieren aus einer Vereinbarung. Das heißt, wenn ich lediglich vereinbare, ein Waffensystem zu stellen, dann kann ich meine Verpflichtungen erfüllen, obwohl eigentlich zehn Waffensysteme notwendig gewesen wären. Das heißt also, man reduziert einfach die Zusagen bezüglich der Umfänge.“

Anders formuliert: Wenn sich Deutschland etwa dazu verpflichtet, in Mali eine Handvoll Bundeswehr-Hubschrauber einzusetzen, obwohl man dort eigentlich viel mehr bräuchte, kann man bequem unter der selbst gelegten niedrigen Latte hindurch spazieren und das noch als Erfolg verkaufen.

Doch spätestens beim Personal lassen sich die Engpässe dann nicht mehr überschminken. Denn in die Einsätze - etwa mit Tiger-Kampfhubschraubern - gehen meist nur die erfahrensten Piloten. Und das sind sehr oft Fluglehrer, die dann bei der Aus- und Weiterbildung in Deutschland fehlen. Die Kooperation mit dem ADAC verschärfe die Lage nun noch zusätzlich, warnt Reinhard Schlepphorst:

O-Ton Schlepphorst

„Für die Einsatzverbände bringt es aus meiner Sicht eine zusätzliche Belastung, weil die müssen Fluglehrer abstellen und ich fürchte, dass nach Beendigung des Mali-Einsatzes für die nächsten drei, vier Jahre kein weiterer Auslandseinsatz dieser Verbände möglich sein wird.“

Die Lage bei Personal und Material ist schon lange desaströs. Geändert hat sich wenig, auch wenn die Verteidigungsministerin seit Jahren nicht müde wird, auf ihre Maßnahmen zur Beseitigung der Probleme hinzuweisen. Die hat sie bei ihrer Einführung reichlich unbescheiden „Trendwenden“ getauft. Tatsächlich steigt von der Leyens Etat langsam wieder. Doch reicht das Geld für die großen Pläne?

O-Ton von der Leyen

„Wir wollen eine Ausstattung, mit der die Bundeswehr ihre Aufgaben erfüllen kann. Wir wollen eine Ausstattung, mit der sie auch üben kann, ohne dass das Material quer durch die Bundesrepublik reisen muss. Und wir wollen eine Ausstattung, die auf der Höhe der Zeit ist. Eigentlich Selbstverständlichkeiten, die ich ausdrücke, aber alle hier im Hohen Haus wissen auch, dass das Thema Ausstattung lange Zeit eine Verwaltung des Mangels war.“

Dass sich daran in Zukunft viel ändern wird, ist allerdings eher unwahrscheinlich. Bei den Verhandlungen um eine mögliche Neuauflage der Großen Koalition hätten die Streitkräfte und ihr Zustand jedenfalls nur eine untergeordnete Rolle gespielt, sagt Reinhard Schlepphorst von der Interessengemeinschaft der Hubschrauber-Besatzungen

O-Ton Schlepphorst

„Bundeswehr, Ausstattung der Bundeswehr, Einsatzbereitschaft der Bundeswehr sind keine priorisierten Themen bei diesen Verhandlungen. Dementsprechend sind auch die ersten Zahlen bezüglich des Verteidigungshaushaltes eher ernüchternd und eine große Anzahl von Zielen wird nicht verwirklicht werden können. Das heißt: vorausgesetzt, dass diese Zahlen dann tatsächlich auch realisiert werden, fürchte ich, dass wir in den nächsten vier Jahren in der Bundeswehr weiter an Einsatzbereitschaft verlieren werden.“

Und dann - so darf man befürchten - werden auch die Gelben Engel keine große Hilfe mehr sein.

* * *

Flocken

Ein Bericht von Christian Thiels. Das Interview mit Reinhard Schlepphorst finden Sie übrigens auf der Internetseite von Streitkräfte und Strategien unter ndr.de/streitkraefte.

In der EU ist die Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten als Weckruf verstanden worden. Die Europäer versuchen jetzt ernst zu machen, mit der immer wieder angekündigten engen Zusammenarbeit auf dem Feld der Verteidigungspolitik. Im November wurde eine Vereinbarung unterschrieben, die von manchem als „historisch“ bezeichnet wird. Allerdings bleibt der Eindruck, dass die Erwartungen einmal mehr zu hochgeschraubt worden sind. Jerry Sommer sagt, warum:

Manuskript Jerry Sommer

Im vergangenen Jahr haben die EU-Mitgliedsstaaten mit Ausnahme von Dänemark, Malta und Großbritannien eine „Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“ im Verteidigungsbereich vereinbart. Sie wird in der englischen Kurzform auch als PESCO bezeichnet. Die teilnehmenden Staaten haben sich u.a. verpflichtet, ihre Rüstungsausgaben ständig zu erhöhen. Auch das hochverschuldete Griechenland stimmte dem zu. Außerdem wurden 17 Projekte vereinbart, die gemeinsam umgesetzt werden sollen. Aufgebaut werden sollen zum Beispiel ein Sanitätskommando und Zentren für Ausbildungsmissionen sowie für gemeinsame Krisenreaktionsstreitkräfte.

Zudem hat die EU einen neuen „Europäischen Verteidigungsfond“ ins Leben gerufen: Vom kommenden Jahr an sollen aus dem EU-Haushalt gemeinsame Rüstungsforschungsprojekte mit jährlich 500 Millionen Euro gefördert werden - gemeinsame Rüstungsbeschaffungsmaßnahmen mit jährlich einer Milliarde Euro.

Die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit PESCO wird von Politikern und Medien oft als „historisch“ gefeiert. Die Sicherheitsexpertin Claudia Major von der Berliner „Stiftung Wissenschaft und Politik“ hält das für übertrieben. Schließlich habe es der EU noch nie an hochfliegenden Ambitionen in Bezug auf den Verteidigungsbereich gemangelt.

O-Ton Major

„Wir sprechen über ein Instrument, aber noch nicht über Ergebnisse. Ich finde, man sollte immer sehr vorsichtig sein, etwas zu feiern, was man gerade beschlossen hat und von dem man noch keine Ergebnisse hat.“

Denn es müssen im Zusammenhang mit PESCO und dem Europäischen Verteidigungsfond noch zahlreiche Probleme gelöst werden. So sind die jährlichen Finanzspritzen von rund 1,5 Milliarden Euro aus dem EU-Haushalt für die Rüstungsforschung und Rüstungsbeschaffung noch nicht gesichert - angesichts der Lücken, die der Brexit in den EU-Haushalt reißen wird. Auch sind 1,5 Mrd. Euro vergleichsweise nicht viel Geld - in der EU werden jährlich über 200 Milliarden Euro für Rüstung ausgegeben. Zudem sind die Umsetzungsverordnungen der EU noch unklar. Die könnten Hindernisse enthalten, sagt der Ge-

schäftsführer des „Bundesverbandes der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie“ Hans Christoph Atzpodien:

O-Ton Atzpodien

„Was wir als Industrie vor allem im Auge haben, ist, dass das Ganze nicht zu kompliziert wird, und dass nicht zu viel EU-Bürokratie im Spiel ist und dass vor allem die Fördersätze angemessen hoch sind, damit überhaupt ein Anreiz besteht.“

Die Rüstungsunternehmen in der EU erhoffen sich durch die steigenden Militärausgaben in den nächsten Jahren einen Auftragsboom. Insbesondere die in Europa technisch führenden großen deutschen und französischen Rüstungsfirmen könnten davon profitieren.

Durch die intensivere Kooperation der Rüstungsindustrie der EU-Staaten sollen auch die Stückpreise der Waffensysteme sinken, so die Erwartung. Dadurch würden sich die Ausgaben für Beschaffungsmaßnahmen verringern, argumentieren Thinktanks und auch die EU-Kommission. Prognostiziert werden jährliche Einsparungspotenziale in Höhe von 24 Milliarden bis hin zu 100 Milliarden Euro. Solche Summen sind aber äußerst fraglich, wenn man bedenkt, dass die Ausgaben für Rüstungsgüter in der EU im Jahr insgesamt nur etwa 36 Milliarden Euro betragen. Auch Hans Christoph Atzpodien vom „Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie“ sieht Einsparpotenziale - aber nur, wenn Politiker und Militärs ihre Zielvorstellungen angleichen:

O-Ton Atzpodien

„In der Vergangenheit war es so, dass es große Programme gab, die zwar einen gemeinsamen Namen hatten, also beispielsweise das Programm Eurofighter, aber das hinter diesem Programm lauter unterschiedliche nationale Varianten standen. Das führt natürlich nicht zu wirklichen Einsparungen.“

Auch das über 20 Milliarden Euro teure, von sieben EU-Staaten gemeinsame betriebene A400M-Transportflugzeug-Projekt zeigt, dass Kooperationen nicht notwendigerweise zu Einsparungen führen: Der Militärtransporter ist mehrere Milliarden teurer geworden als ursprünglich geplant. Außerdem hat sich die Auslieferung um Jahre verzögert. Die Stückkosten von Rüstungsgütern werden durch Kooperationen und durch Fusionen von europäischen Rüstungsunter-

nehmen nicht unbedingt sinken, vermutet auch Jürgen Wagner von der rüstungskritischen „Informationsstelle Militarisierung“ in Tübingen:

O-Ton Wagner

„Wenn wir weniger Anbieter auf einem Markt haben, dann können die womöglich in größerer Stückzahl produzieren, aber wir haben natürlich gleichzeitig auch weniger Konkurrenz.“

Und weniger Konkurrenz bedeutet mehr Marktmacht von einem oder nur sehr wenigen Rüstungsunternehmen gegenüber den potenziellen Auftraggebern, den Regierungen.

Ein weiteres Problem ist, dass die einzelnen EU-Staaten bei multinationalen Beschaffungsprojekten bisher immer versucht haben, maximal viel für die eigenen Rüstungsunternehmen herauszuholen. Diese Absicht wird auch weiterhin eine Europäisierung der Rüstungspolitik behindern.

Ein anderes Hemmnis: Es gibt nach wie vor unterschiedliche politische und strategische Interessen. Frankreich ist zum Beispiel mit den Beschlüssen für eine Ständige Strukturelle Zusammenarbeit PESCO nicht wirklich zufrieden. Claudia Major von der „Stiftung Wissenschaft und Politik“:

O-Ton Major

„Frankreich hatte eine sehr klare Vorstellung. Ihr Antrieb für mehr Kooperation im EU-Bereich war zu sagen: wir wollen mehr Sicherheit und Verteidigungsfähigkeiten, Einsatzfähigkeiten, Operationen.“

Paris steht weltweiten Interventionen aufgeschlossener gegenüber als Deutschland. Deshalb war Frankreich auch eine kleine militärpolitische Vorreitertruppe weit wichtiger, als die Einbeziehung möglichst vieler EU-Staaten in die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit PESCO. Deutschland hingegen wollte angesichts des Brexits und anderer Probleme der EU mit einer verstärkten militärischen Kooperation ein politisches Signal für mehr Integration setzen. Nun beteiligen sich auch die mittelosteuropäischen Staaten, die PESCO eigentlich skeptisch gegenüberstehen. Sie befürchten, durch die Stärkung eines militärischen Armes der EU könnte die NATO geschwächt werden.

Bei der verstärkten militärischen Kooperation gibt es ein weiteres Problem: Die unterschiedliche Praxis bei der Genehmigung von Rüstungsexporten. Eigene Rüstungsprojekte wie zum Beispiel die von Deutschland und Frankreich anvisierte Entwicklung eines neuen Kampfpanzers und eines neuen Kampfflugzeugs werden billiger und für die produzierenden Unternehmen profitabler, wenn die Waffensysteme auch an Nicht-EU-Staaten exportiert werden können. So wird das Kampfflugzeug Eurofighter von deutschen, britischen, spanischen und italienischen Firmen gemeinsam produziert. Zwischen den Regierungen ist vereinbart, dass die Exportgenehmigung eines Landes beim Eurofighter ausreicht und ihr nicht von einem anderen Staat widersprochen werden kann.

Eine solche Regelung hält die deutsche Rüstungsindustrie generell für notwendig, wenn eine stärkere Rüstungskoooperation in der EU Wirklichkeit werden soll. Hans Peter Atzpodien vom Bundesverband der Verteidigungsindustrie:

O-Ton Atzpodien

„Das ist das Minimum, was man eigentlich machen muss. Wir haben ja jetzt gesehen, dass ein anderes europäisches Land Eurofighter in den Nahen und Mittleren Osten exportiert. Und da muss Deutschland ja auch einfach sozusagen mitmachen. Und solche Regelungen muss man sich schaffen, wenn man im Bereich von Rüstungsprogrammen kooperieren will.“

Großbritannien hatte jüngst Eurofighter an Kuwait und Katar verkauft. Friedens- und Konfliktforscher kritisieren die Forderung der Rüstungsindustrie nach einer Lockerung der deutschen Rüstungsexportbestimmungen. Max Mutschler vom Internationalen Konversionszentrum Bonn bemängelt auch, dass bei der Diskussion über eine Europäisierung der Rüstungspolitik eine entscheidende Frage überhaupt nicht gestellt wird:

O-Ton Mutschler

„Macht eigentlich die EU durch die vielen Rüstungsexporte, die von diesen Ländern ausgehen, nicht ein Stück weit auch die Welt unsicherer? Wenn man diesen Gesichtspunkt wirklich komplett vernachlässigt, dann greift es zu kurz.“

Eine weitere Frage ist: Wird der Ausbau der militärischen Fähigkeiten der EU die Aufrüstungsspiele fördern und den Konflikt mit Russland weiter anheizen? Die Fokussierung auf das Militärische sei nicht zielführend, meint zum Beispiel

der Politikwissenschaftler Jürgen Wagner von der „Informationsstelle Militarisierung“ in Tübingen:

O-Ton Wagner

„Auf EU-Ebene wird über den Ausbau militärischer Möglichkeiten und Mittel nachgedacht, während Aspekte ziviler Konfliktbearbeitung, vertrauensbildende Maßnahmen und Rüstungskontrolle zunehmend ein Schattendasein führen.“

Doch unabhängig von solch grundsätzlichen Bedenken: Auch zwischen den EU-Staaten, die eine EU-Rüstungskooperation zumindest verbal unterstützen, gibt es zahlreiche politische und wirtschaftliche Interessenunterschiede. Die angestrebte stärkere militärische Zusammenarbeit von EU-Staaten ist daher kein Selbstläufer - und von einer EU-Armee ist ohnehin nicht mehr die Rede.

* * *

Flocken

Soweit Jerry Sommer.

Trotzdem wird in der EU inzwischen intensiv geprüft, auf welchen militärischen Feldern die Streitkräfte enger kooperieren können. Ein Projekt, von dem sich viel Synergie versprochen wird, betrifft den Kampfpanzer Leopard. Aber auch dieses Vorhaben stößt nicht bei allen EU-Mitgliedern auf Begeisterung. Einzelheiten von Björn Müller:

Manuskript Björn Müller

Mit der Annexion der Krim durch Russland ist bei den EU-Staaten die Verteidigungspolitik stärker in den Vordergrund gerückt. Schlagkräftige Landstreitkräfte sind wieder wichtig. Als deren Rückgrat gelten schwere Kampfpanzer. Aber gerade bei Panzern sind die Europäer militärisch nicht effizient aufgestellt. In den Streitkräften der EU-Staaten gibt es 17 Panzer-Modelle. Zudem haben einige Länder noch Fabrikate aus Sowjetzeiten, andere besitzen gar keine schweren Panzer. Außerdem haben einige EU-Mitglieder, wie z.B. Deutschland, noch vor einigen Jahren die Zahl ihrer Kampfpanzer massiv reduziert oder - wie die Niederlande - auf dieses Waffensystem komplett verzichtet.

Doch das soll sich nun ändern. Die Europäische Verteidigungsagentur EDA arbeitet an einem Projekt, um die Panzerflotten in der EU militärisch schlagkräftiger zu machen.

Die Idee ist: EU-Staaten mit Leopard-2-Panzern in ihren Streitkräften - dem häufigsten Panzertyp in der EU - sollen ihre älteren Modelle zunächst auf den neuesten Standard A7 modernisieren. Anschließend könnten die Kampffahrzeuge an EU-Staaten vermietet werden, die bisher über keine modernen Kampfpanzer verfügen. Auf diese Weise wäre es möglich, mehr als 300 modernisierte Leopard-Panzer zu verteilen, schätzt der Branchendienst Griephan. Für diese Panzer, so die Vorstellung der Europäischen Verteidigungsagentur, wären nicht mehr die EU-Staaten verantwortlich, sondern eine Art EU-Arsenal. Darunter ist wohl ein Verbund europäischer Rüstungsunternehmen zu verstehen, welche die Leopard-2-Panzer modernisieren und warten, sowie die Besatzungen ausbilden sollen. Mit diesem Projekt soll der Aufbau einer standardisierten EU-Panzerstreitmacht vorangetrieben werden, die sich problemlos warten lässt und schnell einsetzbar ist. Das EU-Panzer-Arsenal könnte über den Leopard-Hersteller Krauss-Maffei Wegmann organisiert werden. Von dem deutschen Unternehmen stammt ursprünglich das Konzept „EU-Panzer-Arsenal“. Die Idee ist dann aber von der Europäischen Verteidigungsagentur EDA übernommen worden. Macht das Projekt eines „EU-Arsenals für Leopard-2-Panzer“ aber Sinn? Und vor allem: Ist es auch realistisch?

Für Christian Mölling, Experte für die europäische Sicherheitspolitik bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Berlin, wäre das durchaus ein Schritt, um die Effizienz im militärischen Bereich zu erhöhen. Denn:

O-Ton Mölling

„Im Wesentlichen erhöhe ich natürlich die Verfügbarkeit, wenn ich mit größeren Losen operieren kann. Wenn ich eine Werkstatt habe, die zehn Hebebühnen hat oder nur eine habe, die eine hat, dann macht das natürlich einen erheblichen Unterschied mit der Frage: Kann ich in Stoßzeiten auch tatsächlich mal zehn Panzer reparieren oder kann ich immer nur einen reparieren? Ökonomisch gesehen, ist das eine richtige Geschichte.“

Durch die jahrzehntelange Mangelwirtschaft seit dem Fall der Mauer sind die Streitkräfte in der EU nur noch auf dem Papier einsatzbereit, wie die Bundes-

wehr. Das Deutsche Heer hat bereits bei der Instandhaltung ihrer eigenen Leopard-2 massive Probleme. Von den derzeit vorhandenen 244 Leopard-2-Panzern sind weniger als die Hälfte einsatzbereit. Es fehlen Ersatzteile. Der gesteigerte Übungs- und Ausbildungsbetrieb der Panzer-Truppe aufgrund der NATO-Präsenz in Osteuropa überfordert bereits die Landstreitkräfte. Würde die Industrie für die in einem Pool zusammengefassten europäischen Leopard-2-Panzer Ersatzteile bereitstellen, könnten die Kettenfahrzeuge effektiver und kostengünstiger gewartet werden. Im Ergebnis hätten die Panzerkräfte der Europäer eine höhere Einsatzbereitschaft, so die Erwartung.

Der Sicherheitsexperte Christian Mölling sieht noch weitere Vorteile einer standardisierten EU-Panzerflotte:

O-Ton-Mölling

„Zum Beispiel gibt es ja auch noch die Doktrin - also wie betreibe ich eigentlich so ein Fahrzeug, wie kämpfe ich mit einem Kampfpanzer. Man unterhält sich darüber und entwickelt gemeinsame Konzepte, wie die Panzer eigentlich gemeinsam fahren können, weil sie ja jetzt auf einmal dieselben Modelle sind. Dann kann ich natürlich - im Prinzip - eine tschechische Besatzung auf einen polnischen Panzer setzen. Das heißt also: wenn die tschechischen Panzer nicht mehr fahren, weil sie zerschossen sind, dann kann man wenigstens aus einer polnischen Panzerkompanie nochmal welche rausbrechen. Das heißt also, ich hab mehr Handlungsmöglichkeiten in dem Augenblick.“

Andere Militärexperten bewerten die vermeintlichen militärischen Vorteile dagegen eher skeptisch. So Hilmar Linnenkamp, früher stellvertretender Chef der Europäischen Verteidigungsagentur EDA:

O-Ton Linnenkamp

„Ob sich ausreichend viele Generalstäbe und Nationen dazu entschließen können, doch relativ viel Geld auszugeben, um sich an einem solchen Pool zu beteiligen; das halte ich für fraglich - Alle [Kampfpanzer] auf A7 hochzurüsten - das ist ziemlich teuer. Und [auch] angesichts der Entwicklung in Russland und der Beschaffung hochmoderner Panzer, die gegebenenfalls von der 120mm Kanone des Leopards gar nicht nicht mehr durchschlagen werden können.“

Ein Pool modernisierter Leopard-2-Panzer wäre keine Investition in die Zukunft, sondern eine Übergangslösung. Denn dieser Kampfpanzer ist ein Waffensystem, dessen Entwicklungspotenzial inzwischen ausgereizt ist. Die Industrie konzipiert bereits ein Nachfolgesystem. Um den Kampfwert alter Leopard-2

Modelle auf A7 zu steigern, wären pro Stück sieben Millionen Euro fällig, schätzen Experten. Leopard-Hersteller Krauss-Maffei Wegmann erwähnt in seinem Ursprungskonzept vor allem Spanien, Finnland und Österreich. Doch diese Länder haben kein Interesse, ihre Kampfpanzer vom Typ Leopard in ein EU-Panzer-Arsenal einzubringen. Auf Anfrage von NDR Info heißt es aus dem österreichischen Verteidigungsministerium - Zitat:

Zitat

„Derzeit ist eine Teilnahme am gesamten Programm nicht vorgesehen. Eine weitere Abgabe von Leopard-2 A4 ist nicht geplant.“

Auch Finnland will sich nicht beteiligen. Und für Spanien hat das Projekt ebenfalls bestenfalls eine untergeordnete Bedeutung. Der Fachjournalist für Sicherheitspolitik der Tageszeitung ABC aus Madrid, Esteban Villarejo:

O-Ton Villarejo (overvoice)

„Die Leopard-Panzer auf die neue Version A7 zu modernisieren hat für Spanien keine Priorität. Die Prioritäten liegen woanders. Zum Beispiel bei neuen Fregatten und Hubschraubern.“

Das Interesse bei den Staaten, die nach den Überlegungen der EU-Verteidigungsagentur einen Teil ihrer Leopard-Panzer in den EU-Pool bzw. in das EU-Panzer-Arsenal einbringen sollen, ist also an dem Projekt sehr gering. Ähnlich sieht es bei den EU-Staaten aus, die praktisch die Leopard-Panzer aus dem Pool nutzen sollen, wie zum Beispiel die baltischen Länder. So sieht es jedenfalls Hilmar Linnenkamp, der ehemalige Vize-Chef der Europäischen Verteidigungsagentur:

O-Ton Linnenkamp

„Die kleineren Länder beschränken sich darauf, auch gefördert durch die politischen Absichten und Commitments der großen europäischen Länder, eher leichter bewaffnete Kräfte, die auch nicht so teuer sind wie die schweren Kräfte, zu beschaffen und ihre Fähigkeiten in ein arbeitsteiliges Konzept von EU und NATO Verteidigungspolitik einzuordnen.“

In den Verteidigungskonzepten der baltischen Staaten kommen nur Schützenpanzer vor, aber keine schweren Kampfpanzer. Gegenüber NDR Info gaben die Verteidigungsministerien von Litauen und Estland an, kein Interesse am sogenannten „EU-Panzer-Arsenal“ zu haben.

Auf positive Resonanz stößt das Projekt bisher nur in Deutschland und Tschechien, das bisher keine Leopard-Kampfpanzer besitzt. Das Prager Verteidigungsministerium teilte NDR Info mit, dass Tschechiens Rüstungsindustrie von dem Projekt profitieren solle. Auch für Deutschland dürften industriepolitische Interessen ausschlaggebend sein, und weniger eine verbesserte Einsatzbereitschaft der europäischen Streitkräfte. Ein „EU-Panzer-Arsenal“ würde wohl vor allem dafür sorgen, dass der deutsche Panzer-Bauer Krauss-Maffei Wegmann die Durststrecke bis zur Entwicklung der nächsten Kampfpanzer-Generation gut überstehen könnte.

Das Projekt der Europäischen Verteidigungsagentur passt zudem nicht so recht zur deutschen Militär-Konzeption einer Rahmennation für andere europäische Staaten. Dieses sogenannte Framework Nations Concept sieht eine Anlehnung kleiner spezialisierter europäischer Streitkräfte an die vergleichsweise große Rahmen-Armee Bundeswehr vor. Mit dem Projekt des „EU-Panzer-Arsenals“ dagegen sollen die bereits zahlenmäßig reduzierten Kampfpanzer der EU auf mehr EU-Länder verteilt werden. Doch dieser Plan stößt bei den meisten EU-Staaten offenbar auf keine Resonanz. Das Projekt hat damit keine Zukunft.

* * *

Flocken

Soweit Björn Müller.

Das war's für heute in Streitkräfte und Strategien. Die Sendung können Sie als Podcast herunterladen unter ndr.de/streitkraefte. Dort können Sie auch unseren Newsletter abonnieren. Wir schicken Ihnen dann das aktuelle Manuskript der Sendung per E-Mail zu. Ein schönes Wochenende wünscht Andreas Flocken.